

Anwesend:

Ratsvorsitzender Norbert Schmidt

Oberbürgermeister Eberhard Menzel

1. Bürgermeister Fritz Langen

2. Bürgermeister Werner Biehl

**Mitglied SPD-Fraktion**

Beigeordneter Wilfrid Adam

Ratsmitglied Ursula Aljets

Ratsmitglied Holger Barkowsky

Ratsmitglied Karlheinz Föhlinger

Ratsmitglied Hans Gabriels

Ratsmitglied Sabine Gastmann

Ratsmitglied Hans Hartmann

Ratsmitglied Hans-Jürgen Kempcke

Ratsmitglied Kurt Lorentz

Beigeordneter Siegfried Neumann

Ratsmitglied Barbara Ober-Bloibaum

Ratsmitglied Uwe Reese

Ratsmitglied Margit Stoermer

Ratsmitglied Hermann Stolle

Ratsmitglied Angelika Thwin

Ratsmitglied Christine Will

**Mitglied CDU-Fraktion**

Ratsmitglied Ursula Biester

Ratsmitglied August Desenz

Ratsmitglied Jörn Felbier

Ratsmitglied Ursula Glaser

Ratsmitglied Martin Harms

Ratsmitglied Stephan Hellwig

Ratsmitglied Brigitte Klee

Ratsmitglied Helmut Möhle

Ratsmitglied Philipp Panzer

Ratsmitglied Bernhard Rech

Beigeordneter Prof. Günter Reuter

Beigeordneter Heinz Weerda

**Mitglied FDP-Fraktion**

Ratsmitglied Susanne Bauermeister

Ratsmitglied Horst Radmer

Ratsmitglied Hartmuth Sager

Ratsmitglied Michael Schadewaldt

Beigeordneter Dr. Michael von Teichman

**Mitglied Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

Ratsmitglied Erika Lach

Ratsmitglied Astrid Mohr

**Mitglied BASU-Fraktion**

Ratsmitglied Joachim Ender

Ratsmitglied Joachim Tjaden

**Mitglied LAW-Fraktion**

Ratsmitglied Johann Janssen

Ratsmitglied Gerold Tholen

**NPD**

Ratsmitglied Peter Müller

**Dezernent**

Stadtbaurat Klaus-Dieter Kottek  
Stadtrat Jens Graul  
Stadtkämmerer Heiko Hoff

**von der Verwaltung**

Gleichstellungsbeauftragte Ellen Wolbergs  
Fachbereichsleiter 10 - Peter Gniech  
Fachbereichsleiter 13 - Arnold Preuß  
Fachbereichsleiter 14 - Erwin Wothe  
Fachbereichsleiterin 30 - Marion Fiedelak  
Prokurist WFG - Gernot Beutner

**Protokollführerin**

Protokollführerin Insa Rogel

**fehlte entschuldigt**

Ratsmitglied Marita Hirsch

**A. Öffentlicher Teil ab Seite 2**

**B. Einwohnerfragestunde auf Seite 17**

## A. Öffentlicher Teil

### Tagesordnung:

- 5.1 Antrag der BASU-Fraktion auf Akteneinsichtnahme nach § 40 Abs. 3 NGO
- 5.2 Nichteinigungsverfahren gem. § 70 NPersVG - Bildung einer Einigungsstelle
- 5.3 Hauptversammlung Deutscher Städtetag 2007 in München  
Benennung von Abgeordneten und Gästen
- 5.4 Änderung des beratenden Mitgliedes des Stadtsportbundes im Sportausschuss
- 5.5 Gemeinsamer Antrag von CDU-Fraktion, FDP-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Beitritt zum "JadeWeser-Park"
- 5.6 Antrag der BASU-Fraktion auf Berichterstattung der Aufsichtsräte städtischer Gesellschaften
- 6.1.1 Strategische Ansätze für ein Regionales Standortmanagement im Jade-Weser-Raum (NIW / Nord/LB)
- 7 Große Anfrage der FDP-Fraktion zu den Themen "Tourismuskonzept", "Naherholungsgebiet Geniusbank" und "Jugendgästehaus" im Zuge der Planungen zum JadeWeserPort
- 8.1 Kleine Anfrage der LAW-Fraktion zur neuen Bleiberechtsregelung
- 8.2 Kleine Anfrage der BASU-Fraktion zum Thema "Jadezentrum"

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit
- 

Ratsvorsitzender Schmidt eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

- 2 Genehmigung der Tagesordnung

**Beschluss:** (einstimmig)

Die Tagesordnung wird in der vorliegenden Form festgestellt.

- 3 Genehmigung der Niederschriften über die öffentlichen Sitzungen des Rates sowie der Einwohnerfragestunden vom 01.11., 22.11. sowie 13.12.2006
- 

**Beschluss:** (einstimmig)

Die Niederschriften der öffentlichen Sitzungen des Rates vom 01.11., 22.11. sowie 29.11.2006 werden genehmigt.

Die Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 13.12.2006 lag noch nicht vor.

- 4 Aktuelle Stunde

Es lagen keine Punkte vor.

- 5 Vorlagen des Verwaltungsausschusses an den Rat

- 5.1 Antrag der BASU-Fraktion auf Akteneinsichtnahme nach § 40 Abs. 3 NGO

Herr Tjaden erklärte, er habe die Verwaltung um Hergabe der Unterlagen zum Verkauf der Wohnungsbaugesellschaft Jade gebeten. Dazu sei ihm mitgeteilt worden, dass dies nur im Wege einer Akteneinsicht möglich sei. Er habe daraufhin zugestimmt, dies auf die heute Tagesordnung zu setzen und daher liege sein Antrag auch nicht schriftlich vor.

Auf Bitten von Herr Prof. Reuter erläuterte Herr Tjaden, aus welchem Grunde er die Unterlagen einsehen wolle.

Herr Neumann benannte daraufhin **Herrn Föhlinger**, der für die SPD-Fraktion teilnehmen werde, und Herr Prof. Reuter benannte **Herrn Möhle** für die CDU-Fraktion.

**Der Antrag auf Akteneinsichtnahme wurde einstimmig angenommen.**

5.2 Nichteinigungsverfahren gem. § 70 NPersVG - Bildung einer Einigungsstelle

Herr Prof. Reuter trug den Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses vom 15.01.2007 vor.

**Beschluss:** -einstimmig zugestimmt-

1. Die Einigungsstelle wird gem. § 71 i.V.m. § 107 Abs. 5 NPersVG gebildet
2. Für die zu bildende Einigungsstelle wird eine Geschäftsstelle eingerichtet. Zum Geschäftsführer wird Herr Peter Gniech bestellt.
3. Gem. § 71 Abs. 1 NPersVG werden zu Mitgliedern der Einigungsstelle bestellt:  
Herr Jens Stoffers  
Frau Marion Fiedelak  
Herr Peter Gniech  
Als Vertreter werden bestellt:  
Herr Prof. Jörg Brost  
Herr Franz Neugebauer  
Herr Hans-Dieter Siehl  
Herr Klaus-Dieter Kottek  
Herr Hubert Rüttgers  
Herr Hergen Strodthoff
4. Gem. § 71 Abs. 1 NPersVG wird als Vorsitzender der Einigungsstelle bestellt  
Herr Michael Ferber  
Als stellvertretender Vorsitzender wird bestellt:  
Herr Bernd Graefe

5.3 Hauptversammlung Deutscher Städtetag 2007 in München  
Benennung von Abgeordneten und Gästen

Herr Prof. Reuter trug den Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses vom 15.01.2007 vor.

**Beschluss:** -einstimmig zugestimmt-

Herr Oberbürgermeister Menzel und Herr 1. Bürgermeister Langen nehmen als Abgeordnete der Stadt Wilhelmshaven an der Hauptversammlung des Deutschen Städtetages vom 22 bis 24 Mai 2007 in München teil.

Daneben können Ratsmitglieder auf eigene Kosten als Gäste an der Hauptversammlung teilnehmen.

#### 5.4 Änderung des beratenden Mitgliedes des Stadtsportbundes im Sportausschuss

Herr Prof. Reuter trug den Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses vom 15.01.2007 vor.

**Beschluss:** -einstimmig zugestimmt-

Herr **Nils Böhme**, Paul-Klee-Str. 53, 26389 Wilhelmshaven, wird als beratendes Mitglied des Sportausschusses der Stadt Wilhelmshaven benannt.

Als Vertreter wird Herr **Uwe Heinemann**, Kolumbusring 55, 26389 Wilhelmshaven, neu berufen.

#### 5.5 Gemeinsamer Antrag von CDU-Fraktion, FDP-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Beitritt zum "JadeWeser-Park"

Herr Felbier brachte den gemeinsamen Antrag von CDU-Fraktion, FDP-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ein:

*„Der Rat der Stadt möge beschließen:*

*Die Verwaltung der Stadt Wilhelmshaven wird im Sinne der Interkommunalen Zusammenarbeit beauftragt, mit den benachbarten Landkreisen über einen Beitritt zum JadeWeserPark (JWP) zu verhandeln, um Anteile am JWP zu erwerben.*

*Zwischenergebnisse sollen in den jeweiligen Sitzungen des Ausschusses für „Planen und Bau“ vorgetragen werden.“*

Im Anschluss begründete Herr Felbier ausführlich die Notwendigkeit dieses Schrittes. Mit diesem Antrag solle den benachbarten Kommunen gezeigt werden, dass es der Stadt Wilhelmshaven an einem partnerschaftlichen Umgang gelegen ist und der Dialog gesucht werde. Die Stadt brauche die Beteiligung nicht zuletzt auch aus wirtschaftlicher Sicht im Hinblick auf den JadeWeserPort. Die Beteiligung am Zweckverband könne für die Stadt nur richtig sein. Diese Haltung werde im übrigen auch durch die regionale Wirtschaft geteilt. Die Ablehnung des gleich lautenden Antrages im Jahr 2005 halte er im nachhinein für nicht richtig. Da derzeit alle Beteiligungen am Jade Weser Park verteilt seien, sei die Stadt nunmehr auf den guten Willen der jetzigen Teilhaber angewiesen, die ein Stück des eigenen Anteils zu Gunsten der Stadt abgeben müssten. Um das Vorhaben JadeWeserPort voranzubringen, sei eine gute Zusammenarbeit zwischen den beteiligten Kommunen dringend erforderlich.

Herr Neumann zog den Vergleich mit der Bildung der Wirtschaftsförderung, bei der eine Beteiligung der übrigen Kommunen trotz Anfrage ausgeblieben sei. Nun sei mit der Zustimmung zum Regionalen Standortmanagement der erste Weg zu einer gemeinsamen Wirtschaftsförderungsgesellschaft geebnet und daher sehe er es auch als sinnvoll an, sich am Jade Weser Park zu beteiligen. Seine Fraktion werde daher dem Antrag ebenfalls zustimmen.

Oberbürgermeister Menzel wies die Vorhaltungen, Wilhelmshaven kommuniziere nicht ausreichend mit den Nachbargemeinden, zurück. Es werde vielmehr bereits seit mehreren Jahren eine interkommunale Zusammenarbeit in den verschiedensten Bereichen gepflegt. Außerdem bestünden diverse Gesellschaften für die Vermarktung der Gewerbeflächen des künftigen Hafens, für deren Beteiligung die Stadt nicht unerhebliche Summen zahle. Somit bitte er die Beteiligung der Stadt am Jade Weser Park, der dieselben Ziele verfolge, bei der Beratung zu bedenken.

Herr Dr. von Teichman machte deutlich, dass seines Erachtens mit einer Mitgliedschaft dennoch eine bessere

Gesprächsgrundlage mit den übrigen Gebietskörperschaften geschaffen werde und sich in Folge dessen für die Stadt mehr Einflussmöglichkeiten ergäben. Er halte es darüber hinaus für unumgänglich, nach einem entsprechenden Beschluss des Rates ohne Verzögerungen umgehend in Verhandlungen zu treten.

Herr Felbier verdeutlichte abschließend, dass der Antrag dennoch eine reguläre Mitgliedschaft zum Ziel habe und nicht als Grundsatzbeschluss bzw. Diskussionsgrundlage dienen solle.

**In der anschließenden Abstimmung wurde der Antrag einstimmig angenommen.**

5.6 Antrag der BASU-Fraktion auf Berichterstattung der Aufsichtsräte städtischer Gesellschaften

---

Herr Tjaden beantragte:

*„In die Tagesordnung wird aufgenommen:*

*- Die Aufsichtsräte aller städtischen Gesellschaften –ausgenommen ist die Wilhelmshavener Tourismus und Freizeit GmbH (WTF), für welche ein derartiger Antrag schon gestellt wurde, berichten schnellstmöglich im Rat über folgende Themen:*

*o Bericht über das abgelaufene Jahr 2006*

*o Vorstellung der Planungen/Vorhaben für das Jahr 2007*

*o Bericht über die finanzielle Situation.“*

Herr Prof. Reuter beantragte, den ursprünglichen Antrag nach „... städtischen Gesellschaften...“ um die Worte „und die Vertreter in Gesellschafterversammlungen“ zu ergänzen. Dabei müsse von Seiten der Gesellschaften schnellstmöglich festgelegt werden, in welchem Umfang die Berichterstattung erfolgen und wer Berichterstatter sein solle. Im folgenden ging Herr Prof. Reuter kurz auf die Bedeutung der Berichterstattung aus den Gremien ein.

Herr Neumann bat dringend darum, einen praktikablen Weg der Umsetzung zu finden, nicht zuletzt um dem Berichterstatter ausreichend Zeit zur Vorbereitung zu ermöglichen. Auch müssten die Interessen privater Teilhaber an den Gesellschaften gewahrt werden.

Herr Tjaden bezog sich auf seinen im Dezember gestellten Antrag auf Berichterstattung aus der WTF. Hier habe Oberbürgermeister Menzel bereits ausführlich den rechtlich korrekten Ablauf dargestellt. Der Vortragende erfahre rechtzeitig, wenn eine Genehmigung einer Gesellschaft vorliege und könne sich dann für die nächste Ratssitzung entsprechend vorbereiten. Überdies erfolge die Berichterstattung in nichtöffentlicher Sitzung, so dass schützenswerte Interessen nicht an die Öffentlichkeit gelangen.

Herr Neumann bat, dennoch in der nächsten Sitzung des Verwaltungsausschusses anhand eines entsprechenden Vorschlages der Verwaltung das weitere Verfahren bereits festzulegen.

Herr Prof. Reuter hielt dem entgegen, dass die Ausgestaltung des Verfahrens nicht durch die Verwaltung, sondern durch die zuständigen Gremien der Gesellschaften zu regeln sei. Wichtig dabei, dass die Gesellschaften sich jedoch zügig mit dieser Thematik auseinander setzten.

Herr Dr. von Teichman schlug vor, diesen Antrag zunächst als Grundsatzbeschluss zu behandeln und dann weitere Informationen von der Verwaltung zum rechtlich einwandfreien Vorgehen abzuwarten.

Oberbürgermeister Menzel bezog sich abschließend auf seine Aussagen zum Antrag der BASU am 13.12.2006 und erklärte, dass zunächst die grundsätzliche Zustimmung der Gesellschaften zur Berichterstattung eingeholt werden müsse und erst danach von Seiten der Verwaltung das praktische Vorgehen entwickelt werden könne.

**Der um die Ergänzung der CDU-Fraktion erweiterte Antrag der BASU-Fraktion wurde daraufhin als Grundsatzbeschluss einstimmig angenommen:**

*„In die Tagesordnung wird aufgenommen:*

*- Die Aufsichtsräte aller städtischen Gesellschaften und die Vertreter in Gesellschafterversammlungen – ausgenommen ist die Wilhelmshavener Tourismus und Freizeit GmbH (WTF), für welche ein derartiger Antrag schon gestellt wurde, berichten schnellstmöglich im Rat über folgende Themen:*

*o Bericht über das abgelaufene Jahr 2006*

*o Vorstellung der Planungen/Vorhaben für das Jahr 2007*

*o Bericht über die finanzielle Situation.“*

## 6 Vorlagen der Fachausschüsse an den Rat

### 6.1 Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft, maritime Fragen, Stadtmarketing und Tourismus (Ratsfrau Glaser)

#### 6.1.1 Strategische Ansätze für ein Regionales Standortmanagement im Jade-Weser-Raum (NIW / Nord/LB)

Frau Glaser trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft, maritime Fragen, Stadtmarketing und Tourismus vom 15.01.2007 vor.

Herr Prof. Reuter machte deutlich, seine Fraktion werde diesen Beschlussvorschlag zunächst zustimmend zur Kenntnis nehmen. Eine Voraussetzung, um diesem endgültig zuzustimmen, sei zum einen die Kooperationsbereitschaft aller Beteiligten, auch des Landes. Er bedaure, dass dem Rat nicht ausreichend Zeit für eine gründliche Vorbereitung und Absprache zur Verfügung und dieser mehr oder weniger vor vollendete Tatsachen gestellt worden sei. Nach ihm vorliegenden Informationen habe im Landkreis Friesland ein gleich lautender Beschluss bereits im Dezember letzten Jahres verabschiedet werden können. Darüber hinaus fehle ihm eine Darstellung der finanziellen Auswirkungen. Da die Verabschiedung des Haushaltsplanes und damit das Budgetrecht in den Zuständigkeitsbereich des Rates falle, seien detaillierte Auskünfte hier für eine endgültige Zustimmung dringend erforderlich. In diesem Zusammenhang erbitte er, den Informationsfluss generell zwischen Rat und Verwaltung zu verbessern.

Abschließend verlieh Herr Prof. Reuter seinem Wunsch nach detaillierten Beschlüssen in dieser Angelegenheit Ausdruck.

Herr Neumann betonte die Notwendigkeit der Schaffung von Ausgleichsflächen für den JadeWeserPort und die damit verbundene Bedeutung für dieses Projekt. Darüber hinaus sehe er in der Umsetzung der Studie einen großen Schritt vorwärts für die interkommunale Zusammenarbeit. Mit der Entwicklung des Standortmanagements sei es außerdem möglich, die vorhandenen Ressourcen zu bündeln und zu stärken. Eine wichtige Voraussetzung für eine erfolgreiche Arbeit sei dabei aber auch die Einbindung des politischen Beirats in alle Entscheidungen. Seine Fraktion stehe dem Vorhaben zustimmend gegenüber.

Herr Dr. von Teichman wendete ein, dass die zugrunde liegende Stellungnahme zwar nicht zu neuen Erkenntnissen führe, dennoch grundsätzlich aber richtig sei. Ferner stimme er mit Herrn Prof. Reuter in der Auffassung überein, der Rat habe früher und umfassender informiert werden

müssen; schließlich handele es sich hier um eine Entscheidung von großer Tragweite. Er halte es ebenfalls für sehr wichtig, weitere Unstimmigkeiten mit dem Land zu vermeiden. Um der Notwendigkeit einer finanziellen und organisatorischen Ausgestaltung des Entwurfes Ausdruck zu verleihen, wolle seine Fraktion ihre Zustimmung zu diesem Beschlussvorschlag ebenfalls als Grundsatzbeschluss verstanden wissen.

Herr Tjaden signalisierte die Zustimmung seiner Fraktion, aber auch er bemängelte die fehlenden Aussagen zur Finanzierung des Vorhabens. Im Anschluss legte er anhand einiger Beispiele die Problempunkte des Gutachtens aus seiner Sicht dar.

Oberbürgermeister Menzel ging zunächst kurz auf die Grundlage der Stellungnahme ein und lobte das Papier als gute Basis für eine Zusammenarbeit. Ebenso begrüßte die Anregung von Seiten des Rates, dass auch die Politik die Arbeit des Beirates begleiten solle. Da es in der Stellungnahme nicht zuletzt auch um die Wahrnehmung regionaler Interessen gehe, sei es besonders wichtig, diese nach außen zu tragen und die Interessen der Stadt zu vertreten. Dabei müsse es auch gestattet sein, seine Meinung gegenüber dem Land zu vertreten. Hinsichtlich der fehlenden Aussagen zur Finanzierung hielt er den Ausführungen von Herrn Pro. Reuter entgegen, dass die Zahlen aus der Vorlage des Landkreises Friesland keine endgültigen Werte darstellten, sondern vielmehr Planungskosten. Die Zahlen für den Bereich der Stadt Wilhelmshaven seien dagegen im Wirtschaftsplan der WFG Wirtschaftsförderung in Wilhelmshaven- enthalten. Insgesamt sehe er das Vorhaben auf einem guten Weg, auf nun langsam Fahrt aufgenommen werden müsse.

Herr Radmer verlieh abschließend seiner Hoffnung Ausdruck, dass in den Haushaltsberatungen klare Aussagen zu den Kosten des Projektes getroffen würden.

**Beschluss:**-einstimmig zugestimmt-

1. Der Rat der Stadt Wilhelmshaven nimmt die vom NIW Niedersächsischen Institut für Wirtschaftsforschung e.V. und der Nord/LB Norddeutsche Landesbank - Regionalwirtschaft - entwickelte Studie "Strategische Ansätze für ein Regionales Standortmanagement im Jade-Weser-Raum" zustimmend zur Kenntnis.
2. Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt die vorgelegte Organisationsstruktur entsprechend Anlage 1 und beauftragt die Verwaltung, Vorschläge für die personelle Besetzung der verwaltungsseitigen Mitglieder der verschiedenen Arbeitsebenen zu entwickeln sowie konkrete Tätigkeitsfelder einer gemeinsamen Zusammenarbeit einschließlich der daraus resultierenden Bereitstellung personeller und finanzieller Ressourcen zu erarbeiten und den Gremien vorzuschlagen. Gleichzeitig wird der Rat politische Vertreter der Kommune benennen.
3. Der finanzielle Ansatz fließt in die Haushaltsberatungen für 2007 ein. Es ist anzustreben, dass die neue operative Einheit spätestens zum 01. April 2007 zunächst als Arbeitsgemeinschaft ihre Arbeit aufnimmt.

- 7 Große Anfrage der FDP-Fraktion zu den Themen "Tourismuskonzept", "Naherholungsgebiet Geniusbank" und "Jugendgästehaus" im Zuge der Planungen zum JadeWeserPort
- 

Herr Radmer trug folgende Große Anfrage der FDP-Fraktion vor:

*„Vorbemerkungen:*

*Durch den Bau des JadeWeserPorts und die geplanten Erweiterungen der Industrie in Wilhelmshaven ist das 1997 erstellte Tourismuskonzept weitestgehend überholt und seit etwa 2003 eine Neuauflistung des Tourismuskonzeptes erforderlich geworden.*

*Am 24.11.04 hat der Rat der Stadt die Verwaltung aufgefordert, die Erstellung eines „Tourismuskonzeptes für den Innenhafen“ Anfang 2005 vorzulegen. Dieses wollte die Verwaltung in ein übergreifendes „Tourismuskonzept für Wilhelmshaven“ integrieren. Der Auftrag des Rates an die Verwaltung ist noch nicht erledigt. Anfang 2005 hat die WTF ein „Tourismuskonzept für Wilhelmshaven“ erstellt, das durch eine Projektgruppe, die aus Vertretern der Verwaltung, der Wirtschaft, des Einzelhandels und der Gastronomie besteht, verifiziert und konkretisiert werden sollte. Gem. Aussage der Verwaltung im Rat sollte das „Tourismuskonzept für Wilhelmshaven“ Anfang 2006 den Gremien des Rates zur Entscheidung vorgelegt werden, das bisher nicht geschehen ist.*

*Ende 2004 wurde das Naherholungsgebiet Geniusbank mit dem Campingplatz und dem Geniusstrand offiziell geschlossen und von der Wilhelmshavener Touristik und Freizeit GmbH (WTF) nicht mehr bewirtschaftet. Alternativen wurden den Bürgern der Stadt bisher nicht aufgezeigt.*

*Im Dez. 2000 wurde die Jugendherberge Wilhelmshaven und 2004/2005 auch das Jugendgästehaus Seeräuber am Südstrand geschlossen, so dass der Jugendtourismus in Wilhelmshaven weitgehend zum Erliegen gekommen ist. 2006 wurde zwar ein Jugendgästehaus des CVJM Wilhelmshaven e.V. eröffnet, ist aber bisher in kein Konzept der Stadt oder der WTF GmbH integriert worden.*

*Vor diesem Hintergrund stellt die FDP-Fraktion folgende „Große Anfrage“:*

**1. Tourismuskonzept:**

- a) Was sind die Gründe der Verzögerung bei der Neuauflistung des „Tourismuskonzeptes für Wilhelmshaven“?
- b) Warum wurde der Rat nicht über die Verzögerungen und deren Gründe informiert?
- c) Welche Abstimmungen (zeitlich und inhaltlich) haben zum „Tourismuskonzept für Wilhelmshaven“ in 2005 und 2006 stattgefunden und welche Organisationen haben an den Abstimmungen teilgenommen?
- d) Welche Aufwände in Personenmonaten sind dabei bisher entstanden (intern (Verwaltung) und extern (z.B. WTF, etc.), sowie Kosten externer Berater)?
- e) Welche Bereiche innerhalb des Tourismuskonzeptes wurden bisher abgestimmt, und welche Zwischenergebnisse können grob berichtet werden? Wie sehen weitere Planungen zur Erstellung des Tourismuskonzeptes aus und wann ist geplant, es in den Gremien des Rates zur Behandlung vorzulegen? Welche Kosten einzelner Maßnahmen wurden aus dem Tourismuskonzept konkret analysiert?
- f) Wurden einzelne Maßnahmen aus dem vorläufigen Tourismuskonzept in die Haushaltsplanungen 2007 der Stadt oder in dem Wirtschaftsplan der WTF GmbH bereits berücksichtigt? Wenn ja, welche und mit welchen Ansätzen?
- g) Wie ist die „Organisation des Tourismus“ und die Vermarktung für Wilhelmshaven und den Weser-Ems-Raum derzeit (WTF, FT, etc.) und in Zukunft (gem. Entwurf Tourismuskonzept) geplant?

## **2. Naherholungsgebiet (Ersatz Geniusstrand)**

- a) *Welche Untersuchungen zu Naherholungsgebieten in Wilhelmshaven wurden durchgeführt oder angedacht, um einen Ersatz des Geniusstrandes für die Bürger der Stadt zu schaffen? Wie sehen die Ergebnisse aus?*
- b) *Ist im Entwurf des Tourismuskonzeptes ein Naherholungsgebiet vorgesehen (z.B. Banter See)?*
- c) *Wenn Frage b) verneint wird: Plant die Verwaltung ein Naherholungsgebiet in Wilhelmshaven als Ersatz für den Geniusstrand und welches?*

## **3. Jugendtourismus / Jugendgästehäuser**

- a) *Welche Unterstützung hat die Stadt (einschl. WTF) bzw. die Wirtschaftsförderung dem CVJM e.V. bei der Erstellung des CVJM Jugendgästehauses gegeben?*
- b) *Wie ist oder soll das CVJM-Jugendgästehaus Wilhelmshaven in die Werbung für den Jugendtourismus eingebunden werden?“*

Herr Dr. Graul beantwortete die Anfrage wie folgt:

„Die Nordseestadt Wilhelmshaven verfügt über eine seltene Kombination positiver touristischer Faktoren:

- ein von Hafen, Marine und dem Naturraum Wattmeer bestimmtes maritimes Ambiente,
- die unmittelbare räumliche Nähe von Hafen und Innenstadt

Wilhelmshaven ist eingebunden in das traditionelle und populäre Feriengebiet an der ostfriesischen Küste.

Deshalb ist Tourismus schon lange Bestandteil strukturpolitischer Konzepte in Wilhelmshaven: vor dem 1. Weltkrieg, zwischen den beiden Weltkriegen, nach 1945 und auch seit den 1980er Jahren haben die Jadestädte, hat Wilhelmshaven planmäßig in den Tourismus als Wirtschaftsfaktor investiert.

Bereits in den 1990er Jahren hat sich das heutige und das zukünftige touristische Leitbild für Wilhelmshaven herauskristallisiert, mit der „EXPO am Meer“ im Jahre 2000 gelang der endgültige Durchbruch im Städtetourismus, erstmals wurde der Süden der Stadt - zwischen Innenstadt und Südstrand - als „touristisches Gesamtprodukt“ betrachtet und entwickelt.

In diesem Zusammenhang wurde das erste neuere Tourismuskonzept für Wilhelmshaven erarbeitet und 1997 vom Rat beschlossen. Zahlreiche städtische Investitionen begleiteten seine Umsetzung: Bontekai, Südstrand, einige kulturtouristische Einrichtungen wie das Wattenmeerhaus oder OCEANIS. Die Partnerschaft zwischen öffentlicher Hand (Stadt Wilhelmshaven, Land Niedersachsen) und privaten Investoren (z.B. Seewasseraquarium, Deutsches Marinemuseum) hat an dieser Stelle eine lange Tradition.

Wenn wir im Jahre 2000 also in eine höhere touristische Liga aufgestiegen sind, dann geht es seit dem und auch in den kommenden Jahren um den „Klassenerhalt“ das heißt um die klare Positionierung gegenüber konkurrierenden touristischen Zielen in der Region und darüber hinaus. Dies ist der wesentliche Grund für die Fortschreibung/Neuaufstellung des Tourismuskonzeptes.

In Wilhelmshaven geht es allerdings schon lange nicht mehr um Saisontourismus, um Erholungsurlaub, sondern in erster Linie wenn nicht ausschließlich um Städtetourismus im Kurzzeitbereich.

Der Geniusstrand mit einst mehr als 700.000 Gästeübernachtungen pro Jahr hat – so bedauerlich man das empfinden mag, schon lange seine Bedeutung als touristisches Ziel verloren, er war zum populären Badestrand für die Bürger dieser Stadt geworden mit einem Campingplatz, der im wesentlichen einem Wochenendhausgebiet entsprach.

Fragen der Naherholung sind deswegen nicht weniger wichtig, aber Angelegenheit

der vorsorgenden räumlichen Planung und der Infrastrukturvorsorge der Stadt. Gegenstand des Tourismuskonzepts waren und sind Aktivitäten, die mit wirtschaftlichen Folgewirkungen verbunden sind.

Die Rahmenbedingungen für den Tourismus in Wilhelmshaven sind positiv: Wilhelmshaven liegt im Einzugsbereich eines etablierten Saisonurlaubsgebietes, der Trend zum Kurzurlaub ist stetig, der Markt ist von hohen Qualitätsanforderungen geprägt aber mit attraktiven Angeboten ansprechbar.

Deshalb war es erforderlich, das Konzept von 1997 zu aktualisieren, nicht wegen dem JadeWeserPort sondern wegen der notwendigen Eigenentwicklung des Tourismus und den dort gegebenen Marktbedingungen. Noch deutlicher gesagt: Der JadeWeserPort ist kein Widerspruch zur touristischen Attraktivität unserer Stadt, sondern er erhöht sie.

„Wilhelmshaven profitiert vom Tourismus“ - mit dieser Schlagzeile der Wilhelmshavener Zeitung vom 18. November 2006 wurden erstmals Zahlen über die wirtschaftliche Bedeutung des Tourismus für die Stadt veröffentlicht: Arbeitsplätze, Umsätze, Steuereinnahmen. Wie auch immer man die Zahlen interpretiert: der Tourismus eine feste Größe im Arbeitsmarkt und in der Ökonomie unserer Stadt. Mehr als 200.000 Übernachtungen pro Jahr, über 300.000 zahlende Besucher jährlich in den touristischen Einrichtungen sprechen eine deutliche Sprache.

Ich möchte an dieser Stelle auch zum besseren Verständnis der Beantwortung der Großen Anfrage auf Zuständigkeitsfragen eingehen:

Die Wilhelmshaven Tourismus und Freizeit GmbH ist der touristische Dienstleister der Stadt Wilhelmshaven, sie betreibt das Tourismusmarketing, definiert touristische Angebote und ist Ansprechpartner der übrigen touristischen Akteure auf dem Markt. Sie ist also zuständig für das so genannte operative Geschäft.

Der Fachbereich 13 Koordination und Kommunikation der Stadt Wilhelmshaven ist zuständig für das Stadtmarketing insgesamt, innerhalb dessen – so weist es das Stadtmarketingkonzept aus – stellt das touristische Marketing unter der Wortmarke „ErlebnisStadt Wilhelmshaven“ eines von sechs Handlungsfeldern dar.

Der Fachbereich 61 Stadtplanung und Stadterneuerung - ist zuständig für die räumliche Planung auf den verschiedenen Ebenen, bis hin zur verkehrstechnischen Erschließung unseres touristischen Südens.

Insofern war es sinnvoll, im Jahre 2005 die verschiedenen Dienststellen und Gesellschaften in einer Arbeitsgruppe zur Erarbeitung eines Tourismuskonzepts für Wilhelmshaven in den Jahren 2007 ff. zusammenzufassen.

Eine weitere Anmerkung sei mir vorab gestattet: Ein Tourismuskonzept ist immer eine Angebotsplanung für die im Geschehen Beteiligten, eine Information über Zielvorstellungen und beabsichtigte Maßnahmen. Innerhalb dieses Rahmens orientiert sich das konkrete finanzielle Engagement der Kommune sich nach ihrem originären Aufgabenbeschreibung und ihren finanziellen Handlungsmöglichkeiten. Wenn Sie aber die letzten 15 – 20 Jahre betrachten, werden Sie neben der Erschließung von Gewerbe und Wohngebieten und Teilen der sozialen Infrastruktur kaum ein Handlungsfeld finden, in das trotz leerer Kassen so viel Geld investiert worden ist.

Vor diesem Hintergrund beantworte ich die Große Anfrage der FDP-Fraktion wie folgt.

1. a) Die Integration und Diskussion der vorhandenen Planungsansätze in den verschiedenen Dienststellen hat das Jahr 2005 in Anspruch genommen. In diesem Jahr wurden darüber hinaus zwei Workshops im Juli und September mit den übrigen am Geschehen beteiligten Akteuren z. B. dem Allgemeinen Wirtschaftsverband oder der DEHOGA durchgeführt.

Da man das vorhandene Wissen der zuständigen Dienststellen und Gesellschaften nutzen wollte, wurde ganz bewusst auf die externe Vergabe eines Gutachterauftrages verzichtet. Der Preis dafür ist die Rücksichtnahme auf

die individuellen Zeitbudgets der betroffenen Mitarbeiter.

So konnte wegen der Arbeitsbelastung einzelner Beteiligter das Tourismuskonzept – anders als geplant - bislang noch nicht den Gremien des Rates vorgelegt werden. Ich bin jedoch zuversichtlich, dass wir diesen Rückstand im Jahr 2007 ausgleichen können.

Abgesehen davon wurden die im engeren Sinne wichtigen Maßnahmen wie z.B. der Weiterbau des Valoisplatzes in Richtung Deichbrücke realisiert, auch wenn das Konzept noch nicht vorlag.

1. b) Der Ausschuss für Wirtschaft, maritime Fragen, **Tourismus** und Stadtmarketing hat sich am 31. Januar 2006 ausführlich über den Stand der Bearbeitung, das touristische Leitbild und die angedachten Maßnahmen informiert. Für die FDP-Fraktion hat damals Herr Dr. Schadewaldt an der Sitzung teilgenommen und auch Herr Radmer (damals noch als interessierter Bürger) war anwesend, Folien mit den wesentlichen Punkten wurden dem Protokoll beigelegt. Damals haben Frau Kleinschmidt und ich dem Ausschuss die Jahresmitte 2006 als Vorlagetermin genannt. Es fällt mir ehrlich gesagt schwer, zu erkennen, warum bei einer halbjährigen Verzögerung in einer wichtigen aber nicht dringenden Angelegenheit sofort der Rat zu informieren ist.
1. c) Wie schon dargestellt, wurde die wesentliche Abstimmungsarbeit im Laufe des Jahres 2005 geleistet. Das touristische Leitbild und grundlegenden strategischen Zielvorstellungen sind abgestimmt und liegen vor, es steht noch aus die Definition konkreter Maßnahmen und Projekte.  
Ich gehe davon aus, dass diese Arbeit in Kürze geleistet sein wird. Ich bin auch deshalb außerordentlich zuversichtlich, weil die Geschäftsführerin der WTF bereits 2005 eine Tourismuskonzeption aus der Sicht ihrer Gesellschaft vorgelegt hat, die sich in hervorragender Weise als Baustein bzw. Steinbruch für ein gesamtstädtisches integriertes Konzept eignet.
1. d) Der Gesamtaufwand für die Erarbeitung des Tourismuskonzepts betrug bislang etwa 2 Personenmonate sowie 3000.- € für externe Moderation. Ich verweise an dieser Stelle auf die Beantwortung einer kleinen Anfrage der FDP-Fraktion in der Ratssitzung am 30. November 2005 sowie einer Einwohnerfrage von Herrn Radmer am 21. September 2005.
1. e) Hier beziehe ich mich auch ausdrücklich auf den Vortrag von Frau Kleinschmidt und mir am 31. Januar 2006 im Wirtschaftsausschuss:  
Das touristische Leitbild für Wilhelmshaven – so auch angesprochen im „Stadtleitbild 2001“ – lautet:  
Wilhelmshaven setzt auf maritime Erlebnisse, auf weit ausstrahlende kulturtouristische Einrichtungen wie OCEANIS, Deutsches Marinemuseum, Küstenmuseum am Bontekai, Wattenmeerhaus und Seewasseraquarium, auf die „Maritime Meile Wilhelmshaven“ zwischen Deichbrücke und Nassauhafen als räumlich erlebbaren Bereich mit vielfältigen Möglichkeiten und als touristische Destination rund den Kern des alten Kriegshafens mit der Kaiser-Wilhelm-Brücke als Wahrzeichen im Blickpunkt, auf die Deutsche Marine als Teil der Stadtidentität, auf maritim geprägte Außenveranstaltungen wie das „Wochenende an der Jade“ oder die „JadeWeserPort-Regatta“.

Die wesentlichen Inhalte eines zukünftigen Tourismuskonzepts werden sein:

- Die Weiterentwicklung der „Maritimen Meile Wilhelmshaven“ als touristisches Produkt: Museumsentwicklung und Museumskooperation; gastronomische Angebote, Wege und Transport; Parkleitsystem und Besucherinformation; regelmäßige Marktforschung und verstärktes Marketing.
- Die weiteren touristischen Produkte und ihr spezifisches Marketing:

Maßnahmen zur Saisonverlängerung; Wassersport und Radtourismus; Angebote für Wohnmobile; JadeWeserPort als touristisches Ziel, Übernachtungsangebote für Jugendliche; Helgolandfahrten; Tourist-Info (Buchungssystem, WilhelmshavenCard, Qualitätssicherung).

- Die Verknüpfung mit der City als touristisches Ziel über die Verlängerung des Valoisplatzes und dessen Einbeziehung als Veranstaltungsort.
- Die städtebauliche Entwicklung der „Südseite“, auf Schlüsselgrundstücken wie der Wiesbadenbrücke oder der Banter Kaserne, beiderseits der inzwischen schon längst so akzeptierten „Jadeallee“.
- Die Entwicklung der Südstrandanlagen als dem historischen Kern des Tourismus in Wilhelmshaven: die Entwicklung der Hotels; die Anpassung der Promenaden an veränderte Nachfragestrukturen.

Neben diesem Kernbereich im Süden der Stadt gibt es an der Ostküste einen weiteren touristischen Schwerpunkt nämlich den alten Sielhafen Rüstiersiel: Wassersport, Wandern, Erhaltung des traditionellen Orts- und Landschaftsbildes.

1. f) Bei der Marine hieße es ASAP, as soon as possible, sobald wie möglich.
1. g) Diese Frage kann erst beantwortet werden, wenn die bereits erwähnten konkreten Maßnahmen und Projekte definiert und bewertet worden sind.
1. h) Wie bereits dargestellt wurden Maßnahmen zur Attraktivitätsverbesserung der Innenstadt (Neugestaltung Fußgängerzone, Verlängerung des Valoisplatzes in Richtung Süden auch ohne fertiges Tourismuskonzept haushaltsmäßig abgesichert. Für 2007 ist darüber hinaus vorgesehen, den touristischen Süden anlässlich des 100jährigen Geburtstags der Kaiser-Wilhelm-Brücke in den Mittelpunkt des Stadtmarketings zu stellen und eine eigenständige Kampagne unter dem Motto „Wir im Süden“ zu führen.
1. i) Wilhelmshaven ist regional –entweder durch Beteiligungen oder personell - Eingebunden in die „Ostfriesische Tourismusgesellschaft“ als Dachorganisation des regionalen Tourismusmarketings. Dies entspricht den vom Niedersächsischen Wirtschaftsminister auf der Grundlage von intensiver Begutachtung vor gegebenen Strukturen.  
Die „Wilhelmshaven Touristik und Freizeit GmbH“ besorgt im Auftrage der Landkreise Friesland und Wittmund sowie zahlreicher Gemeinden das Tourismus-Marketing in der Nachfolge der früheren Friesland Touristik.  
Die WTF beteiligt sich aus guten Gründen an der Nordsee-GmbH, früher „Sieben Inseln eine Küste“ als der Marketingorganisation der unmittelbaren kommunalen Anbieter an der ostfriesischen Küste.  
Die Stadt Wilhelmshaven ist Mitglied im Tourismusverband Nordsee, dessen Aufgabe die Interessenvertretung und die Lobbyarbeit für den regionalen Tourismus ist.  
Diese in den letzten Jahren entstandenen Strukturen entsprechen unserer strategischen Lagebeurteilung, der regionalen Willensbildung und den Empfehlungen des Niedersächsischen Wirtschaftsministers, von daher werden sie im Tourismuskonzept auch nicht in Frage gestellt werden. Weitere gleichgerichtete Initiativen aus Hannover z.B. ein „Nordsee-Masterplan“ u.a. für Infrastrukturmaßnahmen sind zu erwarten.  
Handlungsbedarf wird es jedoch auf lokaler Ebene geben. Stadt und WTF denken gemeinsam über die Gründung einer gemeinsamen lokalen Marketing-Initiative für den Tourismus im oben beschriebenen Sinne nach, um hier die Kräfte und die Aktivitäten der Anbieter und der Dienstleister aber auch weiterer Personen und Institutionen zu bündeln, etwa in der Tradition der früheren „Seebadevereine“.

2. a) Vergleichende Untersuchungen wurden im Zusammenhang mit dem entfallenden Campingplatz am Geniusstrand als touristische Einrichtung durchgeführt. Genehmigungsfähige und zugleich vermarktungsfähige Standorte in attraktiven Lagen konnten jedoch nicht nachgewiesen werden. Solche Untersuchungen wurden für das Naherholungsgebiet mit Badestrand weder beauftragt noch durchgeführt. Den bestehenden Gebieten am Banter See und am Südstrand und der kommunalen Bäderlandschaft kommt sicherlich eine größere Bedeutung zu.
- 2.b) Aus den eingangs genannten Gründen, nein.
- 2.c) Nein.
3. a) Eine Jugendherberge oder ein Jugendgästehaus ist ohne jeden Zweifel eine notwendige und auch touristisch wichtige Einrichtung, allerdings nicht zwangsläufig in kommunaler Trägerschaft. Bei dem Projekt des CJVM handelt es sich um eine begrüßenswerte private Initiative, die seitens der Stadt ideell und personell unterstützt wurde und wird.
3. b) Das CVJM-Jugendgästehaus wird im Rahmen der Stadtwerbung und des Tourismusmarketing in besonderem Maße unterstützt (Internethinweise, Einbindung in touristische Angebote, Buchung etc.).“

Herr Dr. von Teichman zeigte sich skeptisch hinsichtlich der Umsetzung des Konzeptes. Darüber hinaus halte er die Maßnahmen für eher städtebaulich anstatt touristisch orientiert. Der hohe Stellenwert und die damit verbundenen positiven Auswirkungen des Tourismus für die Stadt dürften jedoch nicht übergangen werden. Ferner sollten zum einen der kulturelle Bereich stärker in dieses Konzept eingebunden werden, zum anderen müssten die beteiligten Institutionen, wie die WTF, mit umfangreicheren Kompetenzen ausgestattet werden, um die Gewichtung des Tourismus noch zu verstärken.

Herr Adam lobte Herrn Dr. Graul für seine ausführliche Darstellung. Er sehe die Antwort als Beweis für den Stellenwert der Stadt im Bereich des Städtetourismus. In diesem Zusammenhang müsse der Tourismus auch im regionalen Standortmanagement thematisiert werden. Im Folgenden nannte Herr Adam einige Beispiele für gelungene Werbung für die Stadt.

Herr Biehl zeigte sich erfreut über die mittlerweile guten Übernachtungsmöglichkeiten für Jugendliche. Gleichzeitig bedauerte er die frühezeitige Aufgabe des Campingplatzes am Geniusstrand und vermisste ausreichende Informationen dazu in der Antwort von Herrn Dr. Graul. Er halte eine Alternative für den Campingplatz für notwendig, da der Stadt durch fehlende Camper nicht zuletzt Einnahmen verloren gingen.

Frau Aljets erklärte, dass im Zusammenhang mit der Standortfrage für den Campingplatz auch die Region in die Überlegungen einbezogen werden sollte. Eine gute Zusammenarbeit mit den benachbarten Kommunen sei auf diesem Gebiet ebenfalls unerlässlich und biete weitere Möglichkeiten, den Tourismus zu fördern. Gleichzeitig wolle sie auf die Studie zum regionalen Standortmanagement hinweisen, die ebenfalls zahlreiche Ideen für ein Tourismuskonzept biete.

Herr Radmer appellierte, auch den Radtourismus in das Tourismuskonzept einfließen zu lassen.

In Beantwortung einer Nachfrage von Herrn Radmer erklärte Herr Dr. Graul den Unterschied der beiden Tourismusorganisationen OTG und WTF: Während die Ostfriesland Tourismus GmbH (OTG) für das Tourismusmarketing in Ostfriesland

zuständig sei, nehme die Wilhelmshaven Touristik & Freizeit GmbH (WTF) lokale Interessen auf dem Gebiet der Tourismuswerbung wahr. Abschließend nannte Herr Dr. Graul kurz die weiteren Einrichtungen, an denen die Stadt im Bereich des Tourismus beteiligt sei.

Herr Prof. Reuter lobte die regionale Zusammenarbeit in Tourismusfragen als mittlerweile gut entwickelt.

Oberbürgermeister Menzel nahm abschließend Stellung zur Problematik der Standortalternative zum ehemaligen Campingplatz am Geniusstrand und stellte ausführlich die mittlerweile geprüften Alternativen vor. Da ein Standort im Stadtgebiet mittlerweile als unwahrscheinlich erscheine, müsse sich die Stadt zu anderen touristischen Schwerpunkten orientieren. Hier böte Wilhelmshaven ausreichend Potential, doch sei eine Vernetzung mit dem Umland ebenso wichtig.

## 8 Kleine Anfragen

### 8.1 Kleine Anfrage der LAW-Fraktion zur neuen Bleiberechtsregelung

Herr Janssen trug folgende Kleine Anfrage mit der Bitte um Beantwortung vor:

- „1. Wie wird die Stadt Wilhelmshaven sich in Zukunft verhalten, wenn Asylbewerber auf Grund einer Erkrankung nicht in der Lage sind, eine Erwerbstätigkeit aufzunehmen?*
- 2. Was passiert mit Menschen, denen bis zum 31.12.2006 eine Duldung erteilt wurde, die bis dahin aber noch keinen Arbeitsplatz nachweisen können?*
- 3. Was passiert mit Menschen, die vor vielen Jahren durch ein Fehlverhalten aufgefallen sind? Gibt es auch hier eine Verjährung, wie es sie z.B. in der Härtefallkommission gibt?*
- 4. Gibt es Absprachen mit der Agentur für Arbeit bezüglich Abschaffung der Vorrangprüfung, damit der Arbeitsmarkt auch für geduldete Menschen geöffnet wird?“*

Herr Dr. Graul beantwortete die Anfrage wie folgt:

„Der Bleiberechtsbeschluss der Innenministerkonferenz vom 17. 11. 2006 ist vom Nieders. Ministerium für Inneres und Sport durch die Erlasse vom 06. 12. 2006 und vom 19. 12. 2006 in geltendes Recht umgesetzt worden. Auf dieser Grundlage werden die Fragen der LAW wie folgt beantwortet:

1: Erwerbsunfähigen kann eine Aufenthaltserlaubnis aufgrund der Bleiberechtsregelung erteilt werden, wenn deren Lebensunterhalt einschließlich einer erforderlichen Betreuung und Pflege – ggf. durch Abgabe einer Verpflichtungserklärung nach § 68 AufenthG - ohne Leistungen der öffentlichen Hand dauerhaft gesichert ist. Mit der Verpflichtungserklärung erklärt sich eine leistungsfähige dritte Person bereit, die Kosten für den Lebensunterhalt etc. zu übernehmen.

2. Wenn die sonstigen Voraussetzungen der Bleiberechtsregelung erfüllt sind, wird die Duldung dieser ausländischen Staatsangehörigen bis zum 30. 09. 2007 verlängert, um ihnen die Gelegenheit zu geben, einen Arbeitsplatz zu finden. Sie erhalten zudem eine Bescheinigung der Ausländerbehörde für den Arbeitgeber, aus der sich ergibt, dass ihnen eine Aufenthaltserlaubnis erteilt wird, wenn sie einen sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplatz nachweisen, der ihren Lebensunterhalt dauerhaft sichert.

3. Die Härtefallkommissionsverordnung sieht keine Verjährungsfristen vor. Nicht jedes ausländerrechtlich relevantes Fehlverhalten führt zum Ausschluss von der

Bleiberechtsregelung. Ausländische Staatsangehörige können nicht begünstigt werden, wenn sie ihre Rückführung in gravierender Weise verhindert oder behindert haben, erheblich straffällig geworden sind oder ihr weiterer Aufenthalt Sicherheitsbedenken begegnet. Zur konkreten Auslegung dieser Regelungen ist der MI gebeten worden, ergänzende Anweisungen zu geben.

4. Bei ausländischen Staatsangehörigen, die grundsätzlich von der Bleiberechtsregelung begünstigt sind, entfällt die Vorrangprüfung der Agentur für Arbeit, die aber weiterhin prüft, dass keine schlechteren Arbeitsbedingungen herrschen als bei anderen Arbeitnehmern.“

## 8.2 Kleine Anfrage der BASU-Fraktion zum Thema "Jadezentrum"

Herr Tjaden bat für die BASU-Fraktion um Auskunft zu einer Kleinen Anfrage:

*„Zum Thema Jadezentrum wurden vom Oberbürgermeister die Anfragen der BASU - 002-06 - in der Ratssitzung am 24.05.2006 und die Anfrage der SPD in der Ratssitzung am 05.07.2006 beantwortet.*

*Aus den Antworten geht hervor, dass mit finanzieller Beteiligung der WFG ein Gutachten und daraus resultierend eine Umfrage von der Firma „GHH Consult GmbH durchgeführt wurden.*

*Fragen:*

*1. Ist das Gutachten abgeschlossen worden?*

*1.1. Wenn ja:*

*a. Welche Erkenntnisse hat das Gutachten erbracht?*

*b. Wann und wie wird der Rat der Stadt über die Ergebnisse informiert?*

*1.2. Wenn nein:*

*a. Wann ist mit dem Abschluss der Untersuchungen zu rechnen?*

*2. Ist die Umfrage abgeschlossen worden?*

*2.1. Wenn ja:*

*a. Welche Erkenntnisse hat die Umfrage erbracht?*

*b. Wann und wie wird der Rat der Stadt über die Ergebnisse informiert?*

*2.2. Wenn nein:*

*a. Wann ist mit dem Abschluss der Untersuchungen zu rechnen?“*

Oberbürgermeister Menzel antwortete dazu:

„1. Die Machbarkeitsstudie mit einer Markt- und Potenzialanalyse ist abgeschlossen. Die Studie zu einem möglichen Nutzungskonzept ist noch nicht abgeschlossen.

1.1 a) Die Erkenntnisse aus der Machbarkeitsstudie mit einer Markt- und Potenzialanalyse werden zunächst im Aufsichtsrat der WFG vorgestellt.

b) über die Ergebnisse werden die Mitglieder im Aufsichtsrat der WFG auf Anfrage dem Rat berichten.

1.2 a) Mit dem Abschluss der Studie zu einem möglichen Nutzungskonzept ist voraussichtlich im 2. Halbjahr 2007 zu rechnen.

2 Ja.

2.1 a) Die Erkenntnisse aus der Umfrage werden im Rahmen des Berichtes zu 1.1 zunächst im Aufsichtsrat der WFG vorgestellt.

b) Über die Ergebnisse werden die Mitglieder im Aufsichtsrat der WFG auf Anfrage dem Rat berichten.“

---

## **B. Einwohnerfragestunde**

---

Da weder Fragen zu Angelegenheiten der Gemeinde (§ 18 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Rates) noch Fragen zur Tagesordnung der soeben abgehandelten Ratssitzung (§ 18 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Rates) vorlagen, wurde die Einwohnerfragestunde geschlossen.

---

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

**Ende der Sitzung: 18:20 Uhr**

Schmidt  
Ratsvorsitzender

Menzel  
Oberbürgermeister

Rogel  
Protokollführerin